



PLANZEICHEN - ERLÄUTERUNG	
	GELTUNGSBEREICH
	KERNGEBIET
	Z.B.V. ZAHLE D. VOLLGESCH. ALS HÖCHSTGRENZE
	BAULINIE (POT)
	BAUGRENZE (BLAU)
	GRUNDFLÄCHENZAHLEN
	GESCHÖSSFLÄCHENZAHLEN
	GESCHLOSSENE BAUWEISE
	ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSPFL.
	STRAßENBEGRENZUNGSLINIE
	VOH. GRUNDSTÜCKSGRENZEN
	DURCHGANG-PASSAGE
	KINDERSPIELPLATZ
	ÖFFENTL. GRÜNLÄCHE
	ERHALTUNGSWEITE BÄUME
	ANLIEFERUNG DER LÖDEN
	ÖFFENTL. VERKEHRSFLÄCHE
	TRAFOSTATION
	NUTZUNGSGRENZE
	MIT GEF.-FAHR- u. LEITUNGS-RECHTEN ZU BELASTENDE FLÄCHEN
	GEF.-RECHT
	LEITUNGS-RECHT
	FAHR-RECHT

gr-fr-lr	Geschäftszahl	Dkt. 86	
Index	Art der Änderung (Ergänzung)	Datum	Name

KREISSTADT SAARLOUIS  
AMT FÜR STADTPLANUNG UND HOCHBAU

Projekt  
BEBAUUNGSPLAN  
„SILBERHERZSTRASSE“

Plan-Nr.  
Merkmal  
1:500

Plan-Nr.  
Blatt  
Blatt

gezeichnet	Datum	Name	Saarlouis, den
verarbeitet	Nov. 8.	J. Hooper	9. 11. 1984
Entwurfverfasser			

Bebauungsplan (Satzung)

für das  
Sanierungsgebiet Silberherzstraße  
zwischen Silberherzstraße und dem Grundstück der  
Deutschen Bundespost (Parz. 320/8 u. 321/16 bzw.  
zwischen Wallstraße und dem Großen Markt

Das Sanierungsgebiet ist im Sinne des Stktkbauförderungs-gesetzes vom 27.07.71 durch Beschluß des Stadtrates in Saarlouis in der Sitzung am 24.03.72 als "Satzung" förmlich festgelegt worden.  
Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 BauG wurde vom Stadt-rat in Saarlouis in der gleichen Sitzung beschlossen.  
Die Ausarbeitung des Bebauungsplanes erfolgt durch die Kreisstadt Saarlouis - Dezernat für Bau- und Vermessungswesen - Amt Stadtplanung.

VERFAHRENSVERMERKE

- Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten
- die §§ 1,2,2a, 8, 9, 10, 11, 12 und 13 a des BauG vom 18. Aug. 1976 (BGBl. I S. 2257 i.d.F. vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949))
  - die Baunutzungsverordnung - BauNVO - in der Neufassung vom 15. September 1977 (BGBl. I S. 1763 ff vom 20. September 1977)
  - die Planzeichenverordnung - PlanZV - in der Fassung vom 30. Juli 1981 (BGBl. I, S. 833 ff vom 22. August 1981)
  - die Bauordnung für das Saarland - LBO - in der Fassung vom 19. März 1980 (Amtsblatt des Saarlandes, Seite 514 ff)
  - der § 12 des Kommunal Selbstverwaltungs-gesetzes - KSVG - in der Neufassung von 1. September 1978 (Amtsblatt des Saarlandes, Seite 801 ff)

Festsetzungen gemäß § 9 (1 und 7) des Bundesbaugesetzes

- |   |  |
|---|--|
| 1. Geltungsbereich des Bebauungs-planes   | siehe Plan   |
| 2. Art der baulichen Nutzung  |  |
| 2.1 Baugebiet   | MK, Kerngebiet gem. § 7 BauVO  |
| 2.1.1 zulässige Anlagen   | 1. Geschäfts-, Büro- u. Verwaltungsgebäude,<br>2. Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes und Vergnügungs-stätten,<br>3. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,<br>4. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke,<br>5. sonstige Wohnungen oberhalb des Erd-geschosses |
| 2.1.2 ausnahmsweise zul. Anlagen  | keine  |
| 3. Maß der baulichen Nutzung  | Es gilt die BauVO 1977   |
| 3.1 Zahl der Vollgeschosse  | siehe Plan   |
| 3.2 Grundflächenzahl  | siehe Plan   |
| 3.3 Geschöflächenzahl   | siehe Plan   |
| 3.4 Baumassenzahl   | entfällt   |
| 3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen  | entfällt   |
| 4. Bauweise   | s. Plan, geschlossene Bauweise   |
| 5. Überbaubare Grundstücksflächen   | s. Plan  |
| 6. nicht überbaubare Grundstücksflächen   | s. Plan  |
| 7. Stellung der baulichen Anlagen   | s. Plan  |
| 8. Mindestgröße der Baugrundstücke  | entfällt   |
| 9. Mindestbreite der Baugrundstücke   | entfällt   |
| 10. Mindestdiefe der Baugrundstücke   | entfällt   |
| 11. Flächen für Nebenanlagen, die auf-grund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforder-lich sind  | nach geltendem Baurecht im Saarland  |
| 11.1 Spiel-, Freizeit und Erholungs-flächen   | entfällt   |
| 11.2 Flächen für überdachte Stell-plätze und Caragen sowie ihre Einfahrten auf den Baugrund-stücken   | entfällt   |
| 11.3 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihre Ein-fahrten auf die Baugrundstücke   | entfällt   |
| 12. Höhenlage der baulichen Anlagen (Bau von Ort, Straßenkante, Mitte Haus bis Ort, Erdgeschößfußboden)   | nach örtlicher Einweisung  |
| 13. Flächen für den Gemeinbedarf  | entfällt   |
| 14. Überwiegend für die bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen   | entfällt   |
| 15. Flächen, auf denen ganz oder teil-weise nur Wohngebäude, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbau-es gefördert werden könnten, errichtet werden   | entfällt   |
| 16. Flächen, auf denen ganz oder teil-weise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personen-gruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind   | entfällt   |
| 17. den besonderen Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städte-bauliche Gründe erforderlich wird  | entfällt   |
| 18. Flächen, die von der bebauung frei-zuhalten sind und ihre Nutzung   | entfällt   |
| 19. Verkehrsflächen, sowie Verkehrs-flächen besonderer Zweckbestim-mung, wie Fußgängerbereiche, Flächen für das Parken von Fahrzeugen sowie den Anschluß anderer Flächen an die Verkehrsflächen | s. Plan  |
| 20. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrs-flächen sowie der Anschluß der Grund-stücke an die Verkehrsflächen  | nach besonderem Ausbauplan   |
| 21. Versorgungsflächen  | entfällt   |
| 22. Führung von Versorgungsleitungen  | entfällt   |
| 23. Flächen für die Verwertung oder Be-seitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen, sowie für Ablagerungen  | entfällt   |
| 24. Öffentliche und private Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe   | s. Plan  |
| 25. Wasserflächen sowie Flächen für die Wasserversorgung, für Hochwasserschutz-anlagen und für die Regelung des Wasser-   |  |

abflusses, soweit diese Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften ge-troffen werden können

- 26. Flächen für Aufschüttungen, Abgra-bungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Boden-schätzen
- 27. Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft
- 28. Flächen für die Errichtung von An-lagen für die Kleintierhaltung, wie Ausstellungen- und Zuchtanlagen, Zwinger, Koppeln und dergleichen
- 29. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung der Landschaft, soweit solche Festsetzungen nicht nach an-deren Vorschriften getroffen werden können.

- 30. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines be-schränkten Personenkreises zu be-lastende Flächen
- 31. Flächen für Gemeinschaftsanlagen für bestimmte räumliche Bereiche wie Kinderspielflächen, Freizeiteinrich-tungen, Stellplätze und Caragen
- 32. Gebiete, in denen bestimmte, die Luft erheblich verunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen
- 33. Die von der bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung, die Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen, zum Schutz vor schäd-lichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Ein-wirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden Vorkehrungen

- 34. Für einzelne Flächen oder für ein Be-bauungsplangebiet oder Teile davon mit Ausnahme der für land- oder forst-wirtschaftliche Nutzungen festgesetzten Flächen
- a) das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
- b) Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern

- 35. Flächen für Aufschüttungen, Abgra-bungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen aufgrund des § 9 (4) des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 06. Juli 1979 (BGBl. I, S. 949) sowie in Verbindung mit § 113 (6) der Landesbauordnung (LBO) von 19. März 1980

siehe besondere Anlage (örtl. Bauvorschriften)

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 (5) BauG

- 1. Flächen, bei deren bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind
- 2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalt erforderlich sind
- 3. Flächen, unter denen der Bergbau un-geht
- 4. Flächen, die für den Abbau von Mine-ralien bestimmt sind

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 (6) BauG in der Fassung vom 06. Juli 1979

- 1. Die Anhörung der Bürger gem. § 2a(2) BauG erfolgte am 19.10.78 u. 19.03.79
- 2. Dieser Bebauungsplanentwurf hat mit der Begründung gem. § 2a (6) BauG für die Dauer eines Monats in der Zeit von 30.03.86 bis einschließl. 01.05 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.

Ort und Dauer der Auslegung wurden am mit dem Hinweis orts-üblich bekanntgemacht, daß Kunden und Anwohner während der Ausle-gungsfrist vorbeibracht werden kön-nen.

Saarlouis, den - 8. 11. 87.  
Der Oberbürgermeister i.V. (Jakob) Bormeister

4. Dieser Bebauungsplan wird gemäß § 11 BauG GENEHMIGT

Der Stadtrat hat am die ört-lichen Bauvorschriften als Satzung BESCHLOSSEN

Saarlouis, den - 8. 11. 87.  
Der Oberbürgermeister i.V. (Jakob) Bormeister

5. Die Genehmigungs-Verfügung d. Herrn Ministers f. Umwelt, Raumordnung u. Bauwesen von ist am 16.03.87, den 12. BauG ortsüblich bekanntgemacht worden mit dem Hinweis auf Ort und Zeit der öffentl. Auslegung d. Be-bauungsplanes und der Begründung.

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Be-bauungsplan RECHTSVERBÜNDLICH.

Saarlouis, den  
Der Oberbürgermeister